

Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand

Berlin, August 2023

**Staatlichkeit in der
sozialökologischen
Transformation: mehr
Legitimation durch Partizipation**

Vorwort und Handlungsempfehlungen	Seite 3
1. Staat und Gesellschaft in der pluralistischen Demokratie: neue Herausforderungen durch die sozialökologische Transformation	9
1.1. <i>Die Demokratie und die Wechselwirkung zwischen Staat und Gesellschaft</i>	9
1.2. <i>Die sozialökologische Transformation, die Steuerungsleistung des Staates und die Mobilisierungsleistung der Gesellschaft</i>	9
1.3. <i>Die repräsentative Demokratie und deren neoliberale und populistische Gefährdung</i>	10
1.4. <i>Die Legitimationskrise der Demokratie und der aktive Staat</i>	11
1.5. <i>Die staatlichen Transformationsaktivitäten und die Verteilungswirkungen</i>	12
1.6. <i>Mehr Partizipation als Mittel gegen wachsende Ohnmacht und Aggressivität</i>	12
2. Handlungsfelder für eine Reform des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in der sozialökologischen Transformation	14
2.1. <i>Parteien und Wahlen - Verwurzelung und Inklusion</i>	14
2.2. <i>Bürgerräte und neue dialogische Beteiligungsverfahren</i>	15
2.3. <i>Die besondere Chance der Kommunen: das Beispiel der „Kommunalen Entwicklungsbeiräte“</i>	18
2.4. <i>Die Wirtschaft und erweiterte Ansprüche von Mitbestimmung und Partizipation</i>	20
2.5. <i>Die Reform der Öffentlichen Verwaltung und eine bürgerfreundliche Digitalisierung</i>	22
2.6. <i>Medien und demokratische Öffentlichkeit in der Transformation</i>	25
3. Schlussbemerkungen	28

Vorwort und Handlungsempfehlungen

Die Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand ist davon überzeugt, dass Demokratien auf einem ausgewogenen Verhältnis von Macht zwischen Staat und Gesellschaft aufbauen. Ein kräftiger und wirksamer Staat ist unerlässlich, um Gesetzen Durchsetzungskraft zu verleihen, eine effiziente Verwaltung aufzubauen und die notwendigen öffentlichen Dienstleistungen bereitzustellen. Diese Dienstleistungen ermöglichen den Einzelnen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Gleichzeitig gewährleistet eine lebendige und mobilisierende Gesellschaft, dass der Staat in seiner Machtausübung eingeschränkt und kontrolliert wird und die immateriellen und materiellen Ressourcen zur Verfügung stehen, die der Staat benötigt, um seine Aufgaben in Regierung und Steuerung zu erfüllen. Dabei spielt eine selbstbewusste, aktiv engagierte und solidarische Bürgerschaft im klassischen Sinne des Citoyen eine zentrale Rolle.

Die Leitlinie für die Zukunft lautet deshalb so viel Staat wie erforderlich und so viel Gesellschaft wie möglich. Dies wird unerlässlich sein, um die drängenden Herausforderungen der sozialökologischen Transformation im Einklang mit unseren Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gemeinsam anzugehen.

Um die verschiedenen Akteure in den Handlungsfeldern von Staat und Gesellschaft für die Entwicklung und schrittweise Umsetzung dieser umfassenden Transformation zu mobilisieren, ist eine aktive Partizipation unerlässlich. Positive Erfahrungen der Beteiligung tragen maßgeblich zur Legitimität und Unterstützung demokratischer Entscheidungen in der politischen Arena bei. Sie beleben und vermitteln die Vielfalt der Perspektiven innerhalb der Gesellschaft und stärken das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre eigene nachhaltige Wirksamkeit im Wandel. Angesichts der wachsenden Komplexität der Lage ist dies von noch größerer Dringlichkeit.

Die Sozialdemokratie muss die Förderung begründeter Zuversicht durch partizipative Erfahrungen und die daraus resultierende Beeinflussung viel stärker als bisher in den Mittelpunkt ihrer politischen und gesellschaftlichen Arbeit rücken. Die allgemeine Gefühlslage der Machtlosigkeit auch bezüglich der Verbesserung persönlicher Lebensumstände und die Verunsicherung hinsichtlich der Vorbereitung und Sicherung einer gemeinsamen, positiven Zukunft in der sozialökologischen Transformation können nicht allein durch sozialstaatliche oder ordnungsstaatliche Maßnahmen überwunden werden. Hier bedarf es einer breiteren Palette an Ansätzen: Aufklärung und Erklärung, Diskussion und Dialog, Beteiligung und Engagement, individuelle Verantwortung und das Streben nach dem Gemeinwohl.

Partizipation in einer neuen Qualität und auf einer neuen Ebene im Gleichgewicht zwischen Staat und Gesellschaft stärkt die repräsentative Demokratie. Bürgerinnen und Bürger können die Komplexität politischer Entscheidungsfindung und Kompromissbildung besser nachvollziehen und diese als Richtschnur für ihre eigenen Erwartungen an Staat und Gesellschaft sowie für ihr persönliches Engagement nutzen. Während es legitim ist, dass die öffentliche Verantwortung für die Gestaltung des Gemeinwohls vom demokratischen Staat eingefordert wird, ist es ebenso wichtig, dass die Erwartungen an die Reichweite und Effizienz des Staates nicht unrealistisch hoch sind und ihn letztlich nicht überfordern oder entkräften.

Wir erkennen enorme ungenutzte Potenziale in der Stärkung etablierter Formen der Partizipation sowie in der Entwicklung, Erprobung und Integration neuer Formen aktiver Beteiligung, um eine widerstandsfähigere demokratische Staatlichkeit während dieser Transformation zu erreichen. Dies betrifft nicht nur die SPD. Sie ist allerdings besonders gefordert als Partei mit den tiefsten demokratischen Wurzeln in Staat und Gesellschaft unseres Landes. Diese Herausforderung sollte für die SPD wieder zu einer vorrangigen Aufgabe werden.

Unsere zentralen Empfehlungen fassen wir dabei in fünf Punkten zusammen:

1. Für eine Modernisierung der Partei

Die demokratischen Parteien – hier richten wir unseren Fokus vor allem auf unsere eigene Partei, die SPD – müssen ihre essenziellen Aufgaben, nämlich die Interessenvertretung, die Entwicklung von Perspektiven und die Lösung von Problemen im politischen System, wieder enger verknüpfen mit einer Neuausrichtung hin zu traditionellen und neu entstehenden Interessenvertretungen. Hierzu zählen Akteure aus der organisierten Zivilgesellschaft, der Wirtschaft, sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen sowie freien Initiativen. Die Parteien sind gefordert, sich stärker sozial zu verwurzeln und eine verständliche Ansprache und Einladung sowohl der jungen Generation als auch von Menschen in prekären Lebensverhältnissen oder mit Migrationshintergrund zu gewährleisten.

Die Möglichkeiten zur Beteiligung innerhalb der Parteien müssen verbessert werden, durch eine verstärkte Fokussierung auf Projekte, Mitglieder- und Bürgerorientierung sowie durch breitere Kommunikationsansätze. Die demokratischen Parteien müssen eine neue Balance zwischen ihrem Charakter als Staatspartei und als Bewegungspartei finden. Sie sollten die Bereitschaft für ein Demokratielaboratorium aufbringen, um eine neue Vitalität zu erlangen – nicht zur Selbstreflexion oder Selbstbeschäftigung, sondern als Beitrag zur Förderung der notwendigen und gewünschten Partizipation im Rahmen einer zeitgemäßen demokratischen Kultur.

Die SPD sollte sich gerade als die Partei, die in den vergangenen Jahrzehnten eine erhöhte Regierungsverantwortung getragen hat, offensiv und selbstbewusst der Herausforderung stellen, sowohl eine Partei des effektiven Regierens als auch eine Partei der bürgernahen Bewegung zu sein.

II. Für neue Formen der direkten Bürgerbeteiligung

Bürgerbegehren und Volksentscheide erweitern das Instrumentarium demokratischer Entscheidungsfindung innerhalb der repräsentativen Parteidemokratie. In ähnlicher Weise eröffnen Bürgerräte neue Wege für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an der Definition von Aufgaben und der Findung von Lösungen für staatliches Handeln. Erste Erfahrungen zeigen, dass die Wahrscheinlichkeit, dass die Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger in die repräsentativen Entscheidungsprozesse einfließen, desto größer ist, je konkreter die Themen auf politische Maßnahmen ausgerichtet sind. Wenn die Diskussionen in den zufällig zusammengesetzten Bürgerräten eng mit organisierten Interessengruppen verknüpft werden, entsteht eine stärkere Verbindung zur gesellschaftlichen und politischen Realität. Dadurch kann eine breitere Vielfalt an Interessen und Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse integriert werden, was letztlich zu einer stärkeren Orientierung an Gemeinwohlbelangen führt.

Das institutionelle und prozedurale Modell für die Partizipation von Interessengruppen über Multi-Stakeholder-Trialoge ist grundsätzlich für alle politischen Ebenen geeignet. Es sollte jetzt vor allem von der SPD aufgegriffen werden, besonders auf kommunaler Ebene, in Form von "Entwicklungsbeiräten". Diese bieten sowohl denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich nicht in Parteien engagieren möchten, als auch der Partizipationsstrategie der SPD selbst eine Chance.

Überdies können solche kommunalen Entwicklungsbeiräte dazu beitragen, das zunehmend bedeutsame Spannungsfeld zwischen "global Denken und lokal Handeln" sowie "lokal Denken und global Handeln" aufzunehmen und in Einklang mit nationalen, überstaatlichen und internationalen Ebenen zu bringen, einschließlich der Europäischen Union. Die Stärkung der Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene in Kreisen, Städten und Gemeinden sollte aus dieser übergeordneten Perspektive weiterhin hohe Priorität für die SPD haben.

III. Für Wirtschaftsdemokratie und eine Vitalisierung von Partizipation in der Arbeitswelt

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, die auf gemeinsamen Wurzeln in der langen und erfolgreichen Geschichte der Arbeiterbewegung beruhen, haben über die Jahre mit großer Ausdauer, in harten Kämpfen und mit neuen Ideen dazu beigetragen, dass Menschen im Arbeitsleben soziale Grundrechte haben. Diese Rechte beinhalten Informationszugang, Mitbestimmung und Beteiligung – sowohl in Bezug auf Arbeitsbedingungen und direkten Arbeitsplatz als auch auf Betriebe, Unternehmen oder die gesamte Verwaltung.

Diese traditionellen Formen der Beteiligung und Mitwirkung in der Wirtschaftsdemokratie sind auch unter veränderten Umständen, wie der Vielfalt der Arbeitsverhältnisse und der internationalen Ausrichtung von Unternehmen, nach wie vor relevant und wichtig. Es liegt an der SPD sowie ihren Partnerinnen und Partnern in den Gewerkschaften und in fortschrittlichen Unternehmen und Wirtschaftsverbänden, neuen Generationen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern neue Formen der inhaltlichen Mitbestimmung und Mitwirkung zu ermöglichen. Diese sollen die tägliche Arbeit, die Unternehmensentwicklung und die Förderung des Gemeinwohls sowie die Beteiligung an der sozialökologischen Transformation betreffen.

Politisch gesehen ist es wichtig, dass die SPD die gerechtfertigten Erwartungen und Chancen der modernen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als gleichberechtigte "Wirtschaftsbürgerinnen und -bürger" sowohl in ihrem Programm als auch in ihrer konkreten politischen Arbeit hervorhebt. Die SPD sollte aus Überzeugung und mit Glaubwürdigkeit für Beteiligung in der Wirtschaft eintreten sowie die Förderung von gemeinwohlorientierten Unternehmen unterstützen, insbesondere in Zeiten der sozialökologischen Transformation.

IV. Für eine zukunftsfähige öffentliche Verwaltung

Angesichts der enormen Veränderungen und globalen Herausforderungen wie Friedenssicherung, Klimawandel, Umweltschutz, Wohlstandssicherung, demografischer Wandel und Migration wird Ministerien, Verwaltungen und staatlichen Organisationen nicht mehr automatisch die Kompetenz zur Bewältigung der drängenden Fragen unserer Zeit zugeschrieben. Wenn sich dieser Prozess fortsetzt, könnte das Vertrauen der Gesellschaft in den Staat und die Politik insgesamt schwinden. Die Nähe der Regierung zu den Bürgerinnen und Bürgern, die Transparenz ihrer Abläufe und die Effizienz ihrer Leistungen sind notwendige, aber nicht hinreichende Bedingungen für das Funktionieren der Demokratie. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und alle Gesellschaftsbereiche erwarten auch, dass der Staat seine Leistungsfähigkeit für die Gemeinschaft nicht hinter die Standards

zurückfallen lässt, die anderswo zu finden sind. Vielmehr sollten hier vorbildliche Standards gesetzt werden.

Eine demokratische Führung erfordert auch eine zeitgemäße Verwaltung und wird von den Bürgerinnen und Bürgern täglich daran gemessen. Leider fällt das aktuelle Urteil oft negativ aus. Es besteht Grund zur Eile! Ohne rasches Gegensteuern vertieft sich der kulturelle und operative Graben zwischen der öffentlichen Verwaltung und breiten Teilen der Gesellschaft weiter, was sich negativ auf die Handlungsfähigkeit der Verwaltungen auswirken wird.

Bei notwendigen kontinuierlichen Verwaltungsreformen ist Folgendes zu beachten: Digitalisierung ist kein Selbstzweck. Sie führt nicht automatisch zu mehr Demokratie, Abbau von Bürokratie oder effizienterer Staatsführung – und auch nicht zwangsläufig zu einem "modernen Staat". Eine Reform der Verwaltung im sozialdemokratischen Sinne erfordert eine Strategie, die auf demokratischen Werten basiert. Dazu gehören die Wahlmöglichkeit von Technologien, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung und die Einbeziehung der Bürger in demokratische Entscheidungsprozesse. Die SPD sollte über sämtliche Aspekte technologischer und prozeduraler Innovation hinweg diesen Ansatz für eine zukunftsfähige Verwaltung verfolgen.

V. Zukunftsfähige Medien und demokratische Öffentlichkeit in der Transformation

Medien, insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk, spielen eine essenzielle Rolle für eine funktionierende Demokratie. Während Printmedien traditionell vielfältige Interessen repräsentieren, sollen Rundfunk und Fernsehen unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Einflüssen agieren. Ihr Ziel ist es, die Bürgerinnen und Bürger mit zuverlässigen Informationen über gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu versorgen, um eine fundierte Meinungsbildung zu ermöglichen. Diese Ansätze sind Lehren aus der Weimarer Republik und dem NS-Staat geschuldet. Die Rundfunk- und Fernsehmedien tragen zur Demokratie bei, wie empirische Studien zeigen. Sie fördern politische Bildung und verringern Wissensunterschiede. Trotzdem steht der öffentlich-rechtliche Rundfunk heutzutage häufig in der Kritik und Reformen werden diskutiert.

Der ÖRR hat eine starke Position und Vertrauen in der Gesellschaft, jedoch hat er die technologische Entwicklung und gesellschaftliche Trends zu spät erkannt. Dies führt zu Veränderungsanforderungen auf drei Ebenen: Finanzen, Inhalte und politische Kontrolle. Während politische Kontroversen um den ÖRR seit der Bundesrepublik bestehen, sind die heutigen Herausforderungen komplexer und die Reformbedürfnisse dringender. Eine gezielte Neujustierung der Grundstrukturen auf den drei genannten Ebenen ist notwendig,

ohne die bewährten Grundlagen zu gefährden. Die Verankerung in der Gesellschaft ist entscheidend, da Medien die politische Bildung beeinflussen.

Ein scheiternder ÖRR hätte negative Auswirkungen auf die Kommunikationsinfrastruktur und den gesellschaftlichen Diskurs. Die Medien werden oft als "vierte Gewalt" betrachtet, daher ist der Verlust eines verbindlichen Rahmens durch den Niedergang der Printmedien und die Zunahme fragmentierter Social-Media-Öffentlichkeiten bedenklich. In der sozial-ökologischen Transformation braucht die Gesellschaft verlässliche gate-keeper, die den Diskurs moderieren und Fakten liefern.

Die Wissenschaft trägt ebenfalls zur demokratischen Qualität des Diskurses bei. Sie muss sich den Herausforderungen der Gegenwart stellen und die Unabhängigkeit der Forschung mit der Verantwortung für die demokratische Entwicklung verbinden. Transdisziplinäre Kooperationen, die Wissenschaft und Erfahrungswissen transparent zusammenbringen, sind dabei von besonderer Bedeutung.

1. Staat und Gesellschaft in der pluralistischen Demokratie: neue Herausforderungen durch die sozialökologische Transformation

1.1. Die Demokratie und die Wechselwirkung zwischen Staat und Gesellschaft

Demokratie ist nicht nur eine staatliche Struktur, sondern auch eine Art zu leben. Sie ist ein normatives Prinzip, das die Beziehungen zwischen Bürgerinnen und Bürgern gestaltet. Die Prinzipien, die in der Verfassung und im Regierungssystem verankert sind, spiegeln die Vorstellungen einer Gesellschaft wider. Als Grundwertekommission sind wir überzeugt: Ein demokratischer Staat kann nicht von einer autoritären Gesellschaft getragen oder dauerhaft legitimiert werden. Pluralismus und Demokratie sind beide essentiell für unser Verständnis von Staat und Gesellschaft.

Funktionierende Demokratien gründen auf einem Gleichgewicht der Macht zwischen Staat und Gesellschaft. Dies verdeutlicht die Spannung zwischen Staat und Zivilgesellschaft. Der Staat ist mehr als die Summe der Interessen der Bürgerinnen und Bürger: Freiheit erfordert sowohl einen starken Staat als auch eine starke Gesellschaft, die in ständigem Austausch stehen. Ein starker und effektiver Staat ist notwendig, um Gesetze durchzusetzen, eine funktionierende Verwaltung aufzubauen und öffentliche Dienstleistungen anzubieten, die individuelles selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Gleichzeitig begrenzt eine starke, aktive Gesellschaft die Ausübung staatlicher Macht und stellt dem Staat die Ressourcen zur Verfügung, die er für seine Funktionen benötigt

1.2. Die sozial – ökologische Transformation, die Steuerungsleistung des Staates und die Mobilisierungsleistung der Gesellschaft.

Staat und Gesellschaft unterhalten eine enge Wechselbeziehung und sind voneinander abhängig. Dieses Verhältnis birgt für die Sozialdemokratie besondere Spannungen. Die Arbeiterbewegung strebte einerseits nach Basis-Selbstorganisation, während sie andererseits auch Einfluss in den höchsten Ebenen der staatlichen Organisation gewinnen wollte, um ihre Ziele wie Umverteilung politisch legitimiert umzusetzen. Daher zeigt sich die Sozialdemokratie als Mischung aus bürgergesellschaftlichen und staatlichen Ansätzen. Historisch betrachtet wurzelt die deutsche Sozialdemokratie sowohl in sozialen Bewegungen als auch in einer Partei, auf die politische Macht im Staat zielt.

Dieser Ansatz eines aktiven und ausgleichenden Staates erfordert jedoch breite gesellschaftliche Legitimation. Angesichts heutiger großer Herausforderungen verstärkt sich die Abhängigkeit zwischen Staat und Bürgergesellschaft. Der Kampf gegen die zerstörerischen Auswirkungen des Klimawandels erfordert beispielsweise einen raschen

Übergang zu CO₂-neutralen Wirtschaftsstrukturen. Dies verlangt sowohl erhöhte staatliche Steuerungsleistung als auch gesteigerte gesellschaftliche Mobilisierung. Ein weiteres Beispiel ist der öffentliche Diskurs, der die Grenzen politischen Handelns, etwa bei Lockdowns oder der Einführung neuer Technologien, definiert.

Zusätzlich dazu kann staatliches Handeln im Kontext der sozialökologischen Transformation nicht mehr allein auf nationaler Ebene erfolgen, sondern erfordert trans- und supranationale Zusammenarbeit. Dies stellt neue Fragen zur Legitimation, wie sie sich beispielsweise in der Europäischen Union zeigen. Das sich lebendig entwickelnde Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft, geprägt von historischen und kulturellen Einflüssen, muss in eine Transformationsstrategie integriert werden. Dies stellt neue Herausforderungen, aber auch Chancen für Partizipationsstrategien dar, wie im Abschnitt über erweiterte Transformation aufgezeigt wird.

1.3. Die repräsentative Demokratie und deren neoliberale und populistische Gefährdung

Das traditionelle Konzept des demokratischen Staates, das auf dem Gemeinwohl beruht, wird von zwei Seiten in Frage gestellt: Einerseits betrachten einige den Staat nicht als gemeinsam verantwortetes Produkt der Bürgerinnen und Bürger, sondern als eine Art eigenständige Agentur, die dazu da ist, die Interessen der Wählerinnen und Wähler zu erfüllen – ähnlich wie Unternehmen Produkte liefern, die Kundinnen und Kunden erwarten.

Dieses transaktionale Verhältnis zwischen Staat oder Parteien als "Anbieter" von Kandidatinnen und Kandidaten und Programmen und Bürgerinnen und Bürgern als "Kundinnen und Kunden" wurde seit den 1980er Jahren durch den Neoliberalismus unterstützt. Die Idee war, Wettbewerb als Grundlage für Leistung in möglichst vielen Lebensbereichen zu etablieren. Der Staat sollte sich weitgehend zurückziehen.

In den letzten Jahren haben die negativen Auswirkungen dieses Wettbewerbsdenkens und die Entwertung von Politik und Staat Anstoß erregt. Konzepte wie das Gemeinwohl und eine politische Kultur der Bürgerverantwortung werden gegen das Wettbewerbsprinzip betont. Dies führt zur Forderung nach einem aktiveren Staat und zugleich mehr demokratischer Beteiligung und Zusammenarbeit in der Gesellschaft. Ein transformatorisches Politikverständnis, das zur sozialdemokratischen Politik gehört, benötigt eine breitere Legitimationsbasis, die über Wahlen hinaus durch bessere partizipative und kooperative Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft geschaffen wird.

Diese neuen Ansätze stehen jedoch einer anderen Front gegenüber - einer populistischen Opposition, die die liberale Demokratie und pluralistische Gesellschaft infrage stellt. Auch

sie ist teilweise eine Reaktion auf das neoliberale Denken, insbesondere in Bezug auf die Einwanderung und die Globalisierung. Rechte Populisten propagieren ein autoritäres Verständnis von Staat und Gesellschaft, das auf der Vorstellung einer "homogenen" Bevölkerung beruht. Sie fordern mehr demokratische Mitsprache, aber oft nur in Form direkter Demokratie, die ihre eigene Macht stärken soll.

Genau wie der Neoliberalismus an Einfluss verloren hat, besteht auch gegenüber Rechtspopulismus und -extremismus kein Grund, die generelle Stabilität repräsentativer Institutionen zu bezweifeln. Doch eine reine Verteidigung des Status quo reicht nicht aus, insbesondere, wenn repressive Methoden im Vordergrund stehen. Um der wachsenden Demokratie-Skepsis zu begegnen, müssen die Ursachen der Legitimitätskrise angegangen werden.

1.4. Die Legitimationskrise der Demokratie und der aktive Staat

Die Legitimitätskrise in der Politik zeigt sich darin, dass es an wirksamen, zügigen und breit genug getragenen Lösungen für drängende Herausforderungen mangelt, insbesondere in Bezug auf die ungleiche Verteilung des Wohlstands und den schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt. Diese Unfähigkeit spiegelt sich in der Unzufriedenheit der Wählerinnen und Wähler wider, was sich in steigender Nichtwahlbeteiligung, insbesondere in benachteiligten Schichten, zeigt.

Wenn Regierungen nicht angemessen auf die Interessen der Wählerinnen und Wählern eingehen und diese von ihnen schlecht bewertet werden, muss die Vertretung auf der Inputseite verbessert werden. Um sich besser repräsentiert zu fühlen, müssen Bürgerinnen und Bürger stärker am Entscheidungsprozess teilnehmen können. Legitimation und Teilhabe sind daher untrennbar miteinander verbunden, eine Grundregel der Demokratie.

Angesichts der Transformationsaufgabe benötigen wir jetzt einen aktiveren Staat. "Aktiver" bedeutet erstens, dass die Politik durch Regulierung und Preislösungen stärker in den Markt eingreifen muss, um Umweltauswirkungen zu steuern. Zweitens sind erhebliche Investitionen in klimaneutrale Infrastruktur notwendig, verbunden mit Subventionen für Unternehmen und Haushalte, um ökologische Umbauten zu fördern. Drittens sollte der Staat seine planerische Rolle ausbauen. Anstatt allein auf Preismechanismen und Technologieoffenheit zu setzen, ist koordinierte, schrittweise Kooperation zwischen wirtschaftlichen Akteuren, Interessengruppen und politischen Entscheidungsträgern notwendig, um die Energiewende erfolgreich zu gestalten.

1.5. Die staatlichen Transformationsaktivitäten und die Verteilungswirkungen

Der Erfolg der Transformation hängt vor allem davon ab, ob es der Politik gelingt, die sozialen Auswirkungen gerecht zu gestalten. Diese betreffen sowohl sektorbezogene Veränderungen in der Wirtschaft als auch die Umstellung auf umweltfreundliche Praktiken. Beispielsweise führt die Umstellung auf Elektroantriebe in der Autoindustrie und der Übergang von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien zu Veränderungen in Geschäftsmodellen und Arbeitsplätzen. Ein solcher partizipatorischer Wandel muss auch durch politische Ausgleichsmaßnahmen begleitet werden, um Zustimmung zu gewinnen.

Betrachtet man das Narrativ eines neoliberal geprägten Staates der letzten Jahrzehnte, so verändert sich die staatliche Aufgabe von einem generisch ausgerichteten "Spielmacher", der zwar Regeln aufstellt, aber ansonsten nur Wachstum unterstützt, zu einem aktiven Treiber der Transformation. Der Staat strebt eine klare Ausrichtung in der Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft an, mit Schwerpunkten wie Dekarbonisierung, Nachhaltigkeit und Inklusion. Dies bedeutet einen grundlegenden Wandel des Staatsverständnisses der letzten 30 Jahre. Ein aktiver Staat muss daher auch einen zielgerichteten Ansatz verfolgen, denn Aktivität benötigt eine klare Richtung. Partizipation und Zusammenarbeit mit der Gesellschaft funktionieren am besten, wenn klare Ziele definiert sind.

Eine solche Neuausrichtung wirft zwangsläufig Fragen der Verteilung auf. Es stellt sich die Frage, wer die anfänglich höheren Kosten für ökologisch nachhaltiges Wirtschaften in der Transformation tragen soll. Wenn beispielsweise Autofahren und Flugreisen zu einem Privileg für die besser verdienende Bevölkerung werden könnten und die ohnehin gestiegenen Mieten in den Städten durch die Energiewende weiter steigen, entsteht sozialer Konfliktstoff. Die hitzigen Debatten über Heizungswechsel und Verbrennungsmotoren zeigen, dass politische Akteure auf diese Konflikte bisher konzeptionell, strategisch und kommunikativ unzureichend vorbereitet sind. Hier machen sich die Versäumnisse der letzten 10 bis 15 Jahre sowohl in der Transformation als auch in der Kommunikation deutlich bemerkbar, die nun unter hohem Zeitdruck aufgearbeitet werden müssen. Es stellt sich auch die Frage, wie weit Wirtschaft und Industrie durch immer neue Zielvorgaben belastet werden dürfen, bevor der befürchtete Effekt der De-Industrialisierung tatsächlich zu einem Zusammenbruch des wichtigen verarbeitenden Gewerbes führt.

1.6. Mehr Partizipation als Mittel gegen wachsende Ohnmacht und Aggressivität

Um die staatliche Politik in der Transformation zu legitimieren und die verschiedenen gesellschaftlichen Akteure zusammenzubringen, ist eine verstärkte Partizipation und

Teilhabe notwendig. Diese sollte nicht nur der „Akzeptanz“ bereits getroffene Entscheidungen dienen, sondern auch dazu, vielfältige Perspektiven der Gesellschaft als Input in den politischen Prozess einzubringen. Eine gut moderierte Partizipation kann dazu beitragen, die Ausrichtung staatlicher Entscheidungen auf das Gemeinwohl zu erhöhen, indem sie rein partikulare Interessen überwindet.

Partizipation zielt sowohl auf die Inputseite als auch auf die Outputseite der Demokratie ab. Auf der Inputseite geht es darum, die Betroffenen direkter und wirkungsvoller in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Dies stärkt die subjektive Legitimation demokratischer Politik und kann Widerstände überwinden. Auf der Outputseite dient Partizipation dazu, die Dominanz mächtiger Einzelinteressen zu vermeiden und lösungsorientierte Ansätze mit breiter Perspektivenvielfalt zu fördern. Das Ziel ist, dass alle Bürgerinnen und Bürger sich als Teil der Transformation erfahren und mitwirken können. Input- und Outputseite sind eng miteinander verbunden.

Eine umfassende Weiterentwicklung der Partizipation auf kommunaler Ebene steht jedoch noch aus. Sozialdemokratische Politik sollte diesem Aspekt mehr Gewicht geben, da das Gefühl der Ohnmacht in Bezug auf Lebensverhältnisse nicht allein durch sozialstaatliche Maßnahmen überwunden werden kann. Aus diesem Gefühl folgen oft Ressentiments und Aggressionen, die sich in Ausschreitungen gegen Mitbürgerinnen und Mitbürger sowie staatliche Institutionen manifestieren. Partizipation kann also auf psychologischer Ebene mehr Möglichkeiten für individuelle Wirksamkeit bieten und dadurch Ressentiments abbauen. Zudem trägt eine durchdachte Partizipation dazu bei, dass Bürgerinnen und Bürger die Komplexität politischer Kompromisse besser verstehen und Schwierigkeiten der Umsetzung nicht sofort als Verschwörung oder moralisches Versagen abtun, was extremistischen Bewegungen Auftrieb gibt.

Anstatt die Bürgerinnen und Bürger in autoritärer Weise aufzufordern, weniger vom Staat zu erwarten und selbst aktiv zu werden, kann eine authentische Erfahrung von Politik durch lebendige kommunale Partizipation dazu führen, dass sie eigenständig Lösungsvorschläge erarbeiten können. Die Wissenschaft kann hierbei eine Rolle spielen, indem sie Antworten auf schwierige Fragen politischer Kompromissfindung finden hilft.

Die kluge Weiterentwicklung demokratischer Partizipation, insbesondere auf kommunaler Ebene, ist kein Allheilmittel, aber sie bietet eine bislang ungenutzte Chance für eine widerstandsfähigere demokratische Staatlichkeit im Zuge der Transformation.

2. Handlungsfelder für eine Reform des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft in der sozialökologischen Transformation

2.1. Parteien und Wahlen – Verwurzelung und Inklusion

Parteien stellen nach wie vor die klassischen und entscheidenden Verbindungsglieder zwischen Gesellschaft und Staat dar. Sie übernehmen einerseits die Rolle, Meinungen und Interessen der Bürger und Bürgerinnen zu artikulieren, zu formen und zu kanalisieren. Dies geschieht durch die Bereitstellung konkurrierender personeller und programmatischer Angebote bei Wahlen. Andererseits setzen sie den so geformten politischen Willen in staatliche Entscheidungen um. Um beiden Aufgaben gerecht zu werden, ist es notwendig, dass Parteien sowohl Beziehungen zur Gesellschaft als auch zum Staat aufbauen und diese dauerhaft pflegen.

Insbesondere die letztere Aufgabe erfüllen Parteien nach wie vor recht erfolgreich. In der Bundesrepublik Deutschland wird jedoch vermehrt die Tendenz zur "Parteienstaatlichkeit" diskutiert, die in den Augen einiger Kritiker und Kritikerinnen sogar über das Notwendige hinausgeht. Allerdings ist die Verbindung der Parteien zur Gesellschaft in den letzten Jahren deutlich geschwächt worden, was sich unter anderem an der Struktur und abnehmenden Anzahl der Mitglieder zeigt. Dies betrifft insbesondere die beiden größeren Parteien, die Union und die SPD, die dabei sind, ihren Charakter als "Volkspartei" zunehmend zu verlieren. Eine zentrale Frage ist daher, ob und wie dieser sozialen Entfremdung entgegengewirkt werden kann.

Hierbei spielen die Mitgliederrekrutierung sowie die Öffnung und Attraktivität der Parteien für den Nachwuchs eine entscheidende Rolle. Dies betrifft vor allem jene, die sich heutzutage eher in anderen Formen politischen Engagements betätigen, wie in sozialen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen oder im Bereich des "Social Business". Gleichzeitig ist eine Modernisierung der Partizipationsangebote innerhalb der Parteien erforderlich, um der wachsenden Aktivitätsbereitschaft der aktuellen und zukünftigen Mitglieder gerecht zu werden. Wie kann die Idee der "virtuellen Ortsvereine", die von der SPD bereits in den 1990er Jahren vorgeschlagen und später ausprobiert wurde, flächendeckend eingeführt und mit Leben gefüllt werden? Welche Möglichkeiten der Parteiarbeit stehen auch unterhalb der Schwelle einer formalen Mitgliedschaft offen? Wie können mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund für eine parteipolitische Beteiligung gewonnen werden? All diese Aspekte erfordern interne organisatorische Reformen der Parteien, die gleichzeitig durch Anpassungen im Parteiengesetz rechtlich gestützt werden müssen.

Neben den internen organisatorischen Herausforderungen tritt als zweite große Aufgabe die Vernetzung mit der Zivilgesellschaft hinzu. In Anbetracht der nachlassenden traditionellen

Bindungen ist es notwendig, neue Bindungen zu knüpfen und bestehende zu pflegen. Hierbei spielen die organisierte Zivilgesellschaft, die Arbeitswelt (Unternehmen und Gewerkschaften), Wohlfahrtsverbände, Umweltorganisationen und -bewegungen, die Wissenschaft, die Religionsgemeinschaften sowie die (organisierte) Kultur eine wichtige Rolle. Die letzten beiden Bereiche verdeutlichen, dass die Sozialdemokratie die Unterstützung bedeutender öffentlicher Intellektueller benötigt oder zurückgewinnen muss, um im Wettbewerb mit den Grünen als fortschrittliche Kraft im deutschen und europäischen Parteiensystem wahrgenommen zu werden. In dieser Hinsicht könnten die politischen Stiftungen eine größere Rolle als Bindeglied und Vermittler zwischen den Parteien und der Zivilgesellschaft einnehmen.

In Bezug auf Wahlen liegt die größte Herausforderung seit Mitte der 2000er Jahre in der deutlichen sozialen Selektivität der Wahlbeteiligung. Besonders einkommensschwache und sozial benachteiligte Gruppen neigen dazu, der Wahl fernzubleiben. Institutionelle Wahlrechtsreformen können diesem Trend kaum entgegenwirken, da sie entweder geringfügige Auswirkungen haben (wie die Erleichterung der Briefwahl oder die Ausweitung der Öffnungszeiten der Wahllokale) oder politisch schwer umsetzbar wären (wie die Einführung einer Wahlpflicht). Die SPD, die diese benachteiligten Gruppen als eine potenziell besonders affine Wählerschaft betrachtet, muss Strategien entwickeln, um sie gezielter durch ihr Programm und ihre Wahlkampfführung anzusprechen. Eine mögliche Verbesserung der Inklusivität und Reichweite der Wahlen könnte durch die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auf allen Ebenen (Kommunen, Länder, Bund, EU) sowie die Erweiterung des kommunalen Wahlrechts für Nichtdeutsche über EU-Bürgerinnen und -bürger hinaus erreicht werden. Schließlich bietet die erweiterte Partizipation der Bürgerinnen und Bürger, auf die wir noch eingehen werden, eine Chance, engagierte Mitglieder der organisierten Zivilgesellschaft davon zu überzeugen, dass Parteien in unserer Demokratie unverzichtbar sind, um Politik nachhaltig zu gestalten. Dies könnte sie dazu ermutigen, den Parteien beizutreten.

2.2. *Bürgerräte und neue dialogische Beteiligungsverfahren*

In den letzten zehn Jahren hat sich in der politischen und wissenschaftlichen Debatte über "mehr Bürgerbeteiligung" eine bemerkenswerte Verschiebung bemerkbar gemacht. Während das Engagement für direktdemokratische Verfahren, das vor allem von linken Parteien wie den Grünen, der SPD und der Linken seit den 1980er Jahren stark unterstützt worden war sinkt, wächst das Interesse an Beteiligungsformen, die in der Politikwissenschaft unter dem Begriff "deliberativ" bekannt sind. Diese Veränderung hat auch die Bundesrepublik Deutschland erfasst, wie die OECD in einer internationalen Vergleichsstudie feststellt. Baden-Württemberg hat hierbei eine Vorreiterrolle

eingenommen, indem es unter der Leitung der Grünen im Jahr 2011 das Amt einer Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung etabliert hat. Einen entscheidenden Beitrag zur Verbreitung dieser Idee hat der Verein "Mehr Demokratie" geleistet, der sich für Demokratiepoltik einsetzt. In enger Zusammenarbeit mit den Grünen hat dieser Verein es geschafft, Bürgerräte als eine Form der Beteiligung auf die nationale Agenda zu setzen und diese im Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition zu verankern.

Die Anziehungskraft von Bürgerräten beruht vor allem auf der Idee, dass ihre Teilnehmer durch Losverfahren ausgewählt werden. Die Befürworterinnen und Befürworter dieser Methode hoffen vor allem, den Einfluss mächtiger Lobbygruppen einzuschränken, die sie als Hauptproblem der gegenwärtigen repräsentativen Demokratie sehen. Das Losverfahren und die darauf basierende Deliberation über politische Vorschläge sollen gleiche Chancen für die Teilnahme bieten und somit das demokratische Versprechen der Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger sowie die Orientierung der Entscheidungen am Gemeinwohl unterstützen und gewährleisten.

Die Vertreter der Bürgerräte verweisen oft auf den Verfassungskonvent in Irland als Modell, bei dem zwei Drittel der Mitglieder zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger waren. Dieser Konvent hat zwischen 2012 und 2014 bedeutsame Reformen wie die Senkung des Wahlalters, die Verkürzung der Amtszeit des Präsidenten bzw. der Präsidentin und die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe vorangetrieben. Verteilungsfragen spielten dabei keine Rolle. Die Übergabe der Beratungsergebnisse an das Parlament und eine nachfolgende Volksabstimmung waren erforderlich und von vornherein vorgesehen, um die legitimierte demokratische Entscheidung zu ermöglichen.

Allerdings entsteht latent bei den befürworteten Bürgerräten in Deutschland eine Konkurrenz zum gewählten Parlament. Die Verfechterinnen und Verfechter der Bürgerräte behaupten, dass das Losverfahren eine bessere soziale Repräsentativität als im Parlament schaffen würde, was die Legitimität der Ergebnisse erhöhen könnte. Bei genauer Betrachtung führt das Losverfahren jedoch nicht zwangsläufig zu größerer Repräsentativität. Daher werden die Ergebnisse dieses Verfahrens vor der endgültigen Bestimmung durch die Mitglieder oft korrigiert. Die Begründung für diese Korrekturen wird jedoch nicht ausführlich demokratietheoretisch diskutiert.

Zusätzlich zur Repräsentativität der Teilnehmenden und der Ressourcenintensität der Verfahren wird vor allem deren Wirkung auf politische Entscheidungen als wichtiger Bewertungsfaktor identifiziert. Je konkreter die Themen auf politische Maßnahmen ausgerichtet sind, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass die Bürgerpräferenzen

Eingang in die repräsentativen Entscheidungsprozesse finden. Die Auswahl und Abgrenzung der Themenagenda ist daher entscheidend für den Erfolg dieser Bürgerbeteiligung.

Obwohl die Deliberation darauf abzielt, politische Entscheidungen stärker am Gemeinwohl auszurichten, fehlt den Bürgerräten aufgrund der bewussten Ausblendung von Lobbygruppen die Verbindung zur realen gesellschaftlichen und politischen Dynamik. Dies wirft Zweifel an ihrer Effektivität in Bezug auf politische Lösungen auf. Oftmals landen die Ergebnisse der aufwändigen und kostenintensiven Bürgerräte trotz der Verpflichtung der Parlamente, sich mit den erarbeiteten Empfehlungen zu befassen, in der Schublade. Gewählte Abgeordnete sind ihren Wählerinnen und Wählern und dem Gemeinwohl verpflichtet, während Bürgerräte weder die Wählerinnen und Wähler noch das Gemeinwohl repräsentieren. Dies kann das lobenswerte Ziel, mehr Bürgerinnen und Bürger in politische Diskussionen einzubeziehen und ihre Befähigung zur politischen Teilhabe zu stärken, durch Frustration konterkarieren.

Ein vielversprechenderer Ansatz sind Partizipationsverfahren, in denen Interessengruppen und legitimierte Entscheidungsinstanzen gemeinsam mit per Losverfahren ausgewählten Bürgerinnen und Bürger deliberativ über einen Grundkonsens für politische Lösungen beraten. Repräsentative Demokratien, die aus pluralistischen Gesellschaften entstehen, benötigen Orte, an denen empirische Rechtfertigungen und die Verallgemeinerbarkeit von Interessen und Positionen in einem geschützten Rahmen argumentativ geprüft werden können und dadurch transparent werden. Hierbei geht es eigentlich um Kernaufgaben des Parlaments. Allerdings sind die öffentlichen Debatten in modernen Zeiten, die sich an die breite Öffentlichkeit richten und nicht nur in elitären Kreisen ablaufen, immer auch von Machterwerb und -erhalt geprägt. Dies führt oft zu einer Auswahl und kommunikativen Polarisierung von Argumenten, die einer objektiven Bewertung ihrer Validität entgegenstehen.

Die repräsentative und pluralistische Demokratie, auf die wir nicht verzichten können und wollen und die unsere verfassungsmäßige Grundlage ist, benötigt einen lebendigen Grundkonsens über ihre Werte und grundlegenden Interessen. Dies ist entscheidend, um zu verhindern, dass ein aggressiver machtorientierter Diskurs den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet. Der Grundkonsens markiert die immer erneut im Diskurs zu erarbeitenden Grenzen, über die die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Bezug auf Themen wie soziale Gerechtigkeit nicht hinausgehen sollen, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu wahren. Innerhalb dieser Grenzen können und sollen politische Konflikte auch zur Erhaltung des sozialen Zusammenhalts ausgefochten werden.

Eine Möglichkeit, die Qualität legitimer politischer Entscheidungen zu verbessern, könnte darin bestehen, Multi-Stakeholder-Trialoge einzuführen, bei denen Interessengruppen und legitimierte Entscheidungsinstanzen zusammenarbeiten, um durch Deliberation einen Grundkonsens für politische Lösungen zu ermitteln. Dieser Prozess würde zur allgemeinen Verständigung in der Gesellschaft und dazu beitragen, die zunehmende Polarisierung zu überwinden, während unsere demokratische politische Kultur gestärkt wird.

2.3. Die besondere Chance der Kommunen: das Beispiel der „Kommunalen Entwicklungsbeiräte“

Die sozialökologische Transformation wirkt nicht nur auf nationaler, transnationaler und überregionaler Ebene, sondern insbesondere auf kommunaler Ebene. Nach Menge und Qualität der Umsetzung spielt diese Ebene eine entscheidende Rolle. Dies eröffnet die Chance, die Transformation besonders vor Ort partizipativ zu gestalten, damit Bürgerinnen und Bürger besser daran mitwirken, sich mit ihr identifizieren und sie als ihr eigenes Projekt begreifen können. Auf diese Weise wird die Transformation inhaltlich verbessert, da vielfältigere Perspektiven in ihre konkrete Ausgestaltung einfließen können und einseitige Sichtweisen vermieden werden. Durch diese Vielfalt der Perspektiven orientiert sich die Transformation tendenziell am Gemeinwohl.

Dies ermöglicht eine greifbare und nachvollziehbare Transformation für die Bürgerinnen und Bürger. Der technokratische Begriff "Transformation" kann abschreckend wirken, da er komplex und schwer verständlich ist. In der allgemeinen Bedeutung bezieht er sich auf den Wandel von Wirtschaft, Gesellschaft und politischer Kultur hin zu einer nachhaltigen Politik, Wirtschaft und Lebensweise im globalen Kontext. Auf kommunaler Ebene zeigen sich die verschiedenen Aspekte dieser Transformation konkret: Klimaschutzmaßnahmen (z.B. Bauen, Landwirtschaft, Mobilität), politische Diskussionen vor Ort, Innovationschancen, faire Verteilung von Kosten und Nutzen sowie eine Verschiebung im Konsumverhalten von privatem Konsum mit Umweltbelastungen hin zu öffentlichen Gütern und Kreislaufwirtschaft (z.B. in Bezug auf Mobilität).

Die Stadt oder Gemeinde ist der geeignetste Ort für diese Art von Transformation. Hier spielt sich der Alltag der meisten Menschen ab, hier werden Versorgung und Bildung sowie kulturelle und sportliche Aktivitäten erlebt. Daher ist es für die Menschen von großer Bedeutung, an der Entwicklung ihrer Gemeinde im Rahmen der sozialökologischen Transformation teilzunehmen. Dies stärkt zugleich ihre Verbundenheit mit ihrer Gemeinde.

Ein geeignetes institutionelles und prozedurales Modell für diese Partizipation sind "Kommunale Entwicklungsbeiräte". Diese stehen nicht in Konkurrenz zur repräsentativen Demokratie, sondern ergänzen und stärken sie. Gemäß den UN-Nachhaltigkeitszielen

bringen sie unterschiedliche Akteure - Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, organisierter Zivilgesellschaft, Politik (Stadträte und Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen inklusive Verwaltung), zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger sowie Wissenschaft als Beratung - zusammen. Sie erarbeiten gemeinsam die Leitlinien der kommunalen Entwicklung oder darin Einzelprojekte, über die die gewählte Politik abschließend entscheidet. Es ist auch denkbar, Medienvertretungen als Beobachter bzw. Beobachterin der Deliberationen einzuladen, allerdings ohne aktive Teilnahme.

Die Zusammenarbeit von Gewählten und Nicht-Gewählten bei der Vorbereitung der kommunalen Entwicklung ist besonders wichtig und wirksam. Dadurch kommt die Verwaltung in engen Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern, was für ein effektiveres Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft von Bedeutung ist. Insbesondere die Denkweise der organisierten Zivilgesellschaft unterscheidet sich oft von der Verwaltung. Diese enge Kommunikation, die durch "Kommunale Entwicklungsbeiräte" ermöglicht wird, fördert die gegenseitige Verständigung, sodass die Verwaltung ihre Rolle als Bindeglied zwischen Exekutive und Bürgerschaft besser erfüllen kann.

Die Beteiligung von Entscheidungsträgern und Verwaltung an diesen Beiräten erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die erarbeiteten Lösungen auch umgesetzt werden, da sie sich mit den Ergebnissen identifizieren können. Dadurch erhalten auch Personen, die nicht politisch engagiert sind, die Möglichkeit zur wirksamen Teilhabe an der Entwicklung ihrer Gemeinde. Dies kann wiederum Parteien neue Mitglieder zuführen.

Die "Kommunalen Entwicklungsbeiräte" bringen unterschiedliche Interessen in einem geschützten Raum zusammen und erzielen durch eine Deliberation zwischen den Akteuren einen Grundkonsens. Dies erleichtert die Erarbeitung einer gemeinwohlorientierten Politik, indem es eine transparente Auseinandersetzung mit Interessen ermöglicht.

Die traditionelle Einflussnahme von Interessenvertretungen erfolgt bisher meist direkt bei Entscheidungsträgerinnen bzw. trägern oder durch Anhörungen. In "Kommunalen Entwicklungsbeiräten" begegnen sich die Interessenvertretungen dagegen direkt, überzeugen einander von der Verallgemeinerbarkeit ihrer Positionen (durch Deliberation) und versuchen, Kompromisse auf gesellschaftlicher Ebene zu finden. Dies fördert Transparenz und Vertrauen, indem es Konflikte offenlegt und verhandelbar macht.

Die Partizipation in diesen Beiräten bringt die Akteure Politik, Wirtschaft und organisierte Zivilgesellschaft in einer kooperativen, aber konfliktbehafteten Zusammenarbeit zusammen. Diese "antagonistische" Kooperation offenbart Konflikte und schafft Vertrauen durch Transparenz. Aus dieser kommunalen Multi-Stakeholder-Partizipation entstehen Bündnisse

zwischen demokratischer Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die eine gemeinwohlorientierte Transformationsdynamik vorantreiben und den Bürgern eine aktive Teilhabe an der Transformation ermöglichen.

Zusätzlich bieten "Kommunale Entwicklungsbeiräte" die Möglichkeit, zwischen nationaler und internationaler Staatlichkeit zu vermitteln, insbesondere in der Europäischen Union. Durch die Vernetzung von Kommunen wird transnationale politische Kooperation gefördert und erleichtert. Transnationale politische Entscheidungen könnten durch solche Beiräte vorbereitet werden. Obwohl Nationalstaaten weiterhin bestehen, kann Staatlichkeit als demokratisches Prinzip grenzüberschreitend wirken, um nationale Beschränkungen zu überwinden und dennoch die Zugehörigkeit zur nationalen oder kommunalen Ebene zu wahren. Dies könnte dazu führen, dass Europawahlen vermehrt europäische Innenpolitik thematisieren und darüber entscheiden.

Funktionierende Demokratien benötigen eine umfassende Kultur des Respekts im Zusammenspiel von Staat und Gesellschaft. Die Wertschätzung für die individuelle Lebensleistung im Berufs- und Arbeitsleben sollte nicht nur in Staat und Gesellschaft, sondern auch in der Wirtschaft selbst erkennbar sein. Dies zeigt sich durch angemessene Löhne und Teilhabe am Produktivkapital, sichere Arbeitsplätze und humane Arbeitsbedingungen, Möglichkeiten zur Weiterbildung und beruflichem Aufstieg, betriebliche Mitbestimmung auf Arbeitsplatz- und Unternehmensebene. Angesichts des Wandels der Wirtschaft - von der Globalisierung bis zu neuen Technologien, von kapitalorientierten Interessen bis zu den Ansprüchen der Beschäftigten nach Fairness und Beteiligung - sind kontinuierliche Weiterentwicklung und Erweiterung dieser Instrumente vonnöten.

2.4. Die Wirtschaft und erweiterte Ansprüche von Mitbestimmung und Partizipation

Historisch gesehen hat die Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert für Einfluss in Betrieben gekämpft, um unmittelbar auf Arbeits- und Entlohnungsbedingungen Einfluss zu nehmen. Gleichzeitig wurde auch ein demokratisches Argument für Mitbestimmung vorgebracht: Die Wirtschaft sollte nicht von demokratischen Ansprüchen abgekoppelt sein, sondern – soweit möglich – eine demokratische Selbstbestimmung am Arbeitsplatz ermöglichen. Dies führte zur erstmaligen Erwähnung von Betriebsräten in der Weimarer Reichsverfassung und beeinflusste Konzepte wie Fritz Naphtalis "Wirtschaftsdemokratie" von 1928.

Besonders in den Nachkriegsjahren und der sozial-liberalen Politik seit 1969 wurde die betriebliche Mitbestimmung gesetzlich erweitert, kulminierend in der Neufassung des

Betriebsverfassungsgesetzes von 1972. Dies betraf eine breitere Beteiligung der Beschäftigten an der Arbeitsprozessgestaltung sowie die innere Demokratisierung der Gesellschaftsbereiche, die auch über die Werkstore hinausgehen sollte. Der Begriff des "Bürgers am Arbeitsplatz" von Ulrich Mückenberger in den 1980er Jahren spiegelte diese Entwicklung wider.

Die SPD hatte eine Schlüsselrolle bei der Weiterentwicklung von Mitbestimmung und Betriebsverfassung in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften. Die zunehmend radikale Ausrichtung des Kapitalismus seit den 1980er Jahren erfordert nun allerdings weitere Anstrengungen. Tarifverträge müssen verbindlich sein. Die Befristung von Arbeitsverträgen ohne sachlichen Grund muss beendet werden. Leiharbeit soll gleichgestellt sein mit Festanstellungen. Alle Beschäftigungsverhältnisse sollten in soziale Sicherungssysteme einbezogen werden. Die Reichweite der Mitbestimmung sollte auf viel mehr Unternehmen ausgeweitet werden. Echte Gleichberechtigung in Aufsichtsräten sichert den Einfluss der Arbeitnehmerinnen. Die Gründung von Betriebsräten sollte erleichtert und ihre Befugnisse erweitert werden, um den sich wandelnden Arbeitsbedingungen und individuellen Bedürfnissen der Beschäftigten gerecht zu werden.

Es ist notwendig, Veränderungen anzugehen, die sich in der Diversifizierung der Arbeitsbedingungen und Lebenslagen einer neuen Beschäftigtengeneration zeigen. Diese neuen Erwartungen an ihr Arbeitsverhältnis und Arbeitsumfeld müssen berücksichtigt werden. Dies verhindert, dass die Repräsentation von Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu einer formalen Routine wird. Neue Generationen von Beschäftigten, die in Zeiten von Fachkräftemangel zunehmend Marktmacht besitzen, sind weniger an klassischem Schutz wie z.B. vor Entlassung interessiert, sondern eher an umfassender Mitsprache bei der täglichen Arbeit. "Bedeutsame Arbeit" und stark individualisierte Arbeitszeitmodelle erfordern moderne Mitbestimmung und ein modernes Betriebsverfassungsgesetz, um solche Anliegen zu diskutieren und umzusetzen.

Erweiterte Ansprüche an Schutz und Gestaltung von Arbeitsverhältnissen sollten nicht als gegensätzlich betrachtet werden, sondern als miteinander verbundene Aspekte – für Menschen in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen genauso wie für gut abgesicherte Arbeitsplätze, in kleinen schlecht organisierten Betrieben genauso wie in großen Unternehmen mit starker Beschäftigtenvertretung, in traditionellen Produktionssektoren wie in aufstrebenden Branchen. Erweiterte Partizipation und Mitbestimmung dienen gleichermaßen den kollektiven und individuellen Interessen.

Staat und die Wirtschaft stehen vor ähnlichen Herausforderungen im Umgang mit dem Trend zur Individualisierung und Informalisierung der Gesellschaft. Diese Trends erfordern

eine neue Balance zwischen individuellen Interessen und gemeinschaftlichen Regelungen. Das erfordert eine Neubewertung des Konzepts der Wirtschaftsdemokratie und die Integration neuer Dimensionen, die auf individuelle Sinnstiftung und Singularisierung abzielen.

Partizipation in der Wirtschaft kann auch in gemeinwohlorientierten Unternehmen wie Genossenschaften, Sozialunternehmen und Unternehmen, die auf sog. Verantwortungseigentum basieren, entwickelt werden. Angesichts der Vielfalt der Lebenssituationen und den Anforderungen der sozialökologischen Transformation gewinnen diese Ansätze an Bedeutung. Sie stellen einen Gegenpol zur kurzfristigen Gewinnmaximierung des neoliberalen Kapitalismus dar. Solche Unternehmen können auch als Partnerin in trialogischen Entwicklungsbeiräten für eine partizipative Wirtschaft mitwirken, sei es auf kommunaler, regionaler oder überregionaler Ebene.

2.5. Die Reform der Öffentlichen Verwaltung und eine bürgerfreundliche Digitalisierung

Die öffentliche Verwaltung wird in Diskussionen über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft oft vernachlässigt oder gar übersehen. Dies stellt eine bedeutende Schwäche dar, da Verwaltungen eine zentrale Rolle für die gestaltende Politik der Exekutive zukommen. Auf der einen Seite fungieren sie als "Scharnier" zwischen dem Staat als Hoheitsträger und den Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere auf kommunaler Ebene. Auf der anderen Seite müssen sie, vor allem auf höheren Ebenen, die Politik der politischen Führung konzeptionell untermauern und operativ umsetzen. In Zeiten tiefgreifender Transformation haben Verwaltungen daher eine Schlüsselposition inne.

Allerdings haben sich die bestehenden Strukturen und Prozesse des Verwaltungshandelns besonders in Krisenzeiten oder in Zeiten verschränkter Polykrisen oft als unzureichend oder sogar hinderlich erwiesen. Dies ist grundlegend auf ihre Organisationsformen zurückzuführen. Vereinfacht ausgedrückt können die umfassenden Probleme des 21. Jahrhunderts nicht von Verwaltungen gelöst werden, deren Vorgehen immer noch auf Prinzipien des 19. Jahrhunderts basiert.

Zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode hat eine Gruppe von Personen aus der Verwaltungspraxis sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ein Arbeitspapier mit Empfehlungen für die neue Bundesregierung erstellt, das viele positive Aspekte enthält und von dem wir hier Teile aufgreifen ([Eine moderne Verwaltung ist Voraussetzung für Deutschlands Zukunftsfähigkeit und Demokratie - Acht Handlungsfelder für die nächste Bundesregierung | Zenodo](#)). Allerdings sind die Notwendigkeiten für eine Verwaltungsreform noch umfangreicher.

Die Autorinnen und Autoren des Arbeitspapiers weisen zutreffend darauf hin, dass Verwaltungen strukturell risikoavers sind und selbst inmitten weltweiter Krisen wie der COVID-19-Pandemie zögerlich auf innovative Lösungen für neue Probleme reagieren. Die gelebte Kultur zielt oft darauf ab, Fehler zu vermeiden, selbst wenn dadurch das zugrundeliegende Problem nicht oder nur unzureichend angegangen wird. Dies hängt unter anderem auch mit der Interaktion kontrollierender Institutionen wie Rechnungshöfen und mit individuellen Anreizstrukturen zusammen.

In Verbindung mit häufig zu starrer Struktur, sowohl innerhalb einzelner Verwaltungen als auch in der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Verwaltungsinstitutionen, führt diese Kultur dazu, dass moderne Managementansätze wie Missionsorientierung, agile Methoden oder die Nutzung von Vorausschau- und Szenarienwerkzeugen sowie digitalen Technologien ungenügend oder gar nicht genutzt werden. Das eigentliche Problem sind nicht die Menschen in der Verwaltung, sondern die Anreize und Strukturen, in denen sie agieren. In einer Welt überlappender und sich beschleunigender Krisen entsteht so oft der Eindruck, dass der Staat den aktuellen Erfordernissen hinterherhinkt und nur begrenzt handlungsfähig ist.

Wenn dem Staat nicht mehr die Kompetenz zur Lösung dringender Herausforderungen unserer Zeit zugesprochen wird, sinkt das Vertrauen in ihn und die Politik insgesamt. Dieser Prozess ist bereits seit Jahren empirisch belegbar – bislang ohne absehbares Ende. Die effiziente Organisation von Verwaltungen ist in diesem Zusammenhang unerlässlich, um dieser Erosion Einhalt zu gebieten.

Ohne umfassende Verwaltungsreform ist politische Führung zwar notwendig, jedoch allein nicht ausreichend für einen effektiven und handlungsfähigen Staat. In Zeiten potenziell revolutionärer KI-Anwendungen wie ChatGPT ist es aufschlussreich, den aktuellen Stand der Verwaltungsdigitalisierung zu betrachten. Das Umsetzen des Onlinezugangsgesetzes (OZG) bietet hier aufschlussreiche Beispiele. Wenn nicht rasch gegengesteuert wird, vertieft sich die kulturelle und operative Kluft zwischen der öffentlichen Verwaltung und der breiteren Gesellschaft immer weiter – mit weiteren Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit öffentlicher Verwaltungen. Daher ist auch eine intelligente Digitalisierung der Verwaltung von großer Bedeutung.

Bei ihr geht es jedoch nicht nur um die wachsende Kluft zwischen dem Einsatz von Technologie in Verwaltungen und anderswo. Es geht auch um die Zukunftsfähigkeit von Verwaltungen an sich. In Zeiten des allgemeinen Fachkräftemangels und begrenzter staatlicher Ressourcen müssen durch Digitalisierung Produktivitätssteigerungen realisiert werden, um die Handlungsfähigkeit des Staates zu erhalten. Insbesondere in Bereichen, in

denen der Staat in direkter Konkurrenz zur Privatwirtschaft steht – wie etwa in der Finanzverwaltung – wird die Personalsituation immer anspruchsvoller. Wenn über die notwendigen Anforderungen hinaus Produktivitätssteigerungen erreicht werden können, kann auch der analoge Bürgerservice verbessert werden. Daher bezieht sich die Verwaltungsdigitalisierung auf zwei unterschiedliche, jedoch miteinander verwobene Bereiche: interne Prozesse und die Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern.

Bei der Schnittstelle zu den Bürgerinnen und Bürgern muss darauf geachtet werden, bestimmte Gruppen nicht zu überfordern. Es gibt eine bedeutsame, wenn auch schrumpfende Zahl vor allem älteren Bürgerinnen und Bürgern, die Schwierigkeiten mit rein digitalen Angeboten haben. Hier ist es hilfreich, einen Teil der internen Produktivitätsgewinne in verbesserte analoge Dienstleistungen zu reinvestieren und über zusätzliche Unterstützung für neue digitale Prozesse anzubieten. Es gibt bereits erste Beispiele für solche Ansätze. Die Reform der Grundsteuer wäre ohne eine digital-fokussierte Umsetzung mit den Ressourcen der Finanzverwaltung schlichtweg nicht machbar gewesen. Neben Regelungen für Unterstützung durch Angehörige und befreundete Personen gab es die Möglichkeit, die Steuererklärung ausnahmsweise auf analogem Weg einzureichen. Diese Art der "assistierten Digitalisierung" sollte an den Schnittstellen zwischen Bürgerinnen und Bürgern Verwaltung Standard werden, um die notwendigen Produktivitätssteigerungen mit Verbesserungen im Bürgerservice in Einklang zu bringen.

Bei einer Verwaltungsreform muss unbedingt berücksichtigt werden, dass Digitalisierung kein Selbstzweck ist. Sie führt nicht zwangsläufig zu mehr Demokratie, weniger Bürokratie oder einer effizienteren Staatsverwaltung im Allgemeinen. Um es mit den Worten des ehemaligen Telefonica-CEO Thorsten Dirks zu sagen: "Wenn Sie einen ineffizienten Prozess digitalisieren, haben Sie einen ineffizienten digitalen Prozess."

Einer Reform der Verwaltung sollte eine Strategie zugrunde liegen, die auf grundlegenden demokratischen Werten wie Technologiewahl, informationeller Selbstbestimmung und Inklusion beruht und demokratische Beteiligungsprozesse fördert. Auf solchen transparenten Zielen sollten Kriterien basieren, die geeignete Maßnahmen hervorbringen. Diese Kriterien können auch nachträglich zur Bewertung der Effektivität der Verwaltungsreform sowie der (digitalen) Verwaltungsprozesse herangezogen werden. Wie es Stafford Beer, der Vater der Management-Kybernetik, in seinem Buch "Designing Freedom" von 1974 empfohlen hat, sollten die Bürgerinnen und Bürger (spezifisch: die Steuerzahlenden) direkt in Entscheidungen über den Einsatz von Technologien einbezogen werden, die die Verwaltung und/oder staatliche Organisationen effizienter machen sollen.

Dies geschieht unter anderem, indem den mündigen Bürgerinnen und Bürgern verschiedene Optionen zur Verfügung gestellt werden, wie der Staat oder seine Institutionen mithilfe verschiedener Technologien und Zugangswege interagieren können – sei es analog oder digital, telefonisch oder persönlich (oder warum nicht auch per Fax?), mithilfe von künstlicher Intelligenz oder natürlicher Intelligenz. Mehr noch: Durch die Beibehaltung (Anonymität) oder Wiederherstellung (Analogisierung, Anonymisierung) der Vielfalt an Technologien und Zugriffsmöglichkeiten wird das Verwaltungssystem insgesamt widerstandsfähiger. Wesentliche Systeme und Dienstleistungen bleiben auch in Notfällen verfügbar – der Staat und seine Institutionen sind auf Krisen, Cyberangriffe oder Ausfälle vorbereitet, handlungsfähig und verfügbar.

Die Verwaltung als "Scharnier" hat auch direkte Schnittstellen zu Fragen der Partizipation und Durchlässigkeit, wie beispielsweise durch "Kommunale Entwicklungsbeiräte" dargestellt. Wie das genannte Arbeitspapier überzeugend darlegt, ist oft bereits die Sprache der Verwaltung ein Problem. Gängige Begriffe wie "Belehrung", "Vorladung" oder "Bewilligung" fördern die Wahrnehmung einer autoritären Verwaltung. Es fehlt häufig an einer Serviceorientierung oder dem Bestreben, gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und anderen Akteuren wie Wirtschaft und Wissenschaft dringende gesellschaftliche Probleme kooperativ anzugehen.

Eine Steigerung der Durchlässigkeit der Verwaltung würde den Austausch von Personal zwischen Verwaltungen, Wissenschaft und Privatsektor erhöhen. Dies würde den Erfahrungsaustausch fördern, die Effektivität steigern und Distanz abbauen. Wie bereits erwähnt, werden berufliche Karrieren zunehmend flexibler und individueller. Verwaltungen müssen sich diesen Bedingungen anpassen, um ihre Effektivität zu steigern und im Wettbewerb um Fachkräfte wettbewerbsfähig zu sein.

2.6. Medien und demokratische Öffentlichkeit in der Transformation

Die Bedeutung von freien und unabhängigen Medien für unsere Demokratie ist von unschätzbarem Wert. Während Printmedien schon immer privat, genossenschaftlich oder verbandlich organisiert waren und im Allgemeinen die Vielfalt gesellschaftlicher Interessen widerspiegeln, folgten Rundfunk und Fernsehen anderen Regeln. Hierbei war die grundlegende Idee, dass öffentliche Medienanstalten frei von starken politischen und wirtschaftlichen Einflüssen handeln sollten. Dies sollte gewährleisten, dass die Bürgerinnen **und Bürger** mit zuverlässigen und unparteiischen Informationen über relevante gesellschaftliche und politische Entwicklungen versorgt werden und somit eine fundierte Meinungsbildung ermöglicht wird. Diese Lehren wurden sowohl aus dem Untergang der Weimarer Republik als auch aus der Geschichte des NS-Staates gezogen. Zusätzlich erkannte

man, dass eine dezentrale und föderale Lösung gefunden werden sollte, um den Gefahren einer zentralisierten Rundfunksteuerung entgegenzuwirken.

Die Rundfunk- und Fernsehmedien stehen noch stärker als andere Medien im Dienste der Demokratie. Studien belegen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) im Großen und Ganzen seine Rolle als "Diener der Demokratie" erfüllt hat. Forschungen zeigen auch, dass Bürgerinnen und Bürger in Ländern mit gut etabliertem ÖRR besser politisch informiert sind als in anderen Ländern und die Kluft zwischen gut informierten und weniger informierten Bürgerinnen und Bürgern in Ländern mit ÖRR geringer ausfällt. Zudem haben hohe Nutzungszahlen von öffentlichen Medienangeboten positive Auswirkungen auf die Informationsfreiheit, die Diversität der Berichterstattung und die Kontrolle der Regierenden durch die Medien. Trotzdem steht der ÖRR seit einiger Zeit verstärkt in der Kritik. Kaum ein Tag vergeht, ohne dass grundlegende Änderungen gefordert und Reformvorschläge präsentiert werden.

Einerseits besitzt der ÖRR in Deutschland eine starke Position, ausreichende Ressourcen und eine hohe Nachfrage, und er genießt nach wie vor ein höheres Vertrauen als andere Medien. Andererseits hat sich der ÖRR lange Zeit in Sicherheit gewähnt und die Zeichen der Zeit erst spät erkannt. Er hat nur zögerlich auf die technologischen Veränderungen in der hybriden Medienlandschaft (ausgelöst durch Internet, soziale Medien und Streaming-Dienste) reagiert und gesellschaftliche Trends, vor allem solche, die durch den Generationenwandel bedingt sind, nur zaghaft aufgegriffen. Gegenwärtig sieht er sich nicht nur einzelnen inhaltlichen Veränderungen, sondern umfassenden Veränderungsanforderungen auf drei Ebenen gegenüber. Erstens in Bezug auf Gebühren und finanzielle Aspekte. Wofür werden die Gelder der "Kundinnen und Kunden" verwendet, und welche Alternativen gibt es? Zweitens geht es um die inhaltliche Ebene. Welche Inhalte dominieren, welche sind unterrepräsentiert? Hierbei stellt sich auch die Frage nach der angemessenen Balance zwischen Unterhaltung, Sport und politischer Berichterstattung. Diese Kritik hat es immer gegeben, aber sie hat an grundlegender Bedeutung gewonnen. Drittens betrifft es die politische Steuerung und Kontrolle von oben und unten. Da der ÖRR kein Staatsrundfunk ist, sondern ein von Markt und Staat unabhängiger, in die Gesellschaft und Politik eingebundener und kontrollierter Rundfunk, steht er in einem vielschichtigen Sonderstatus. Gleichzeitig ist er jedoch verstärkt öffentlicher Kritik ausgesetzt, da die Forderung nach angemessener Kontrolle aufkommt.

Politische Kontroversen um den ÖRR existieren seit der Gründung der Bundesrepublik. Er musste immer wieder an veränderte Rahmenbedingungen angepasst werden. Doch heute sind die Herausforderungen komplexer als je zuvor, und die systemischen Kritiker sind agiler aufgestellt. Daher sind Reformen im ÖRR unausweichlich – ohne jedoch die bewährten

Grundstrukturen prinzipiell infrage zu stellen. Vielmehr ist eine gezielte Anpassung dieser Strukturen erforderlich, um weiterhin die Rolle des "Diener der Demokratie" erfüllen zu können. Hierbei ist es von großer Bedeutung, im Kontext der Gesamtstruktur des ÖRR und seiner Relevanz zu agieren, um nicht in Einzelaspekten "stecken zu bleiben". Eine starke und emotionale Verbindung zur Gesellschaft ist unerlässlich für ein Angebot, das die Demokratie erlebbar macht. Schließlich stützt sich unser Wissen über Politik größtenteils auf Medien.

Falls es nicht gelingt, einen attraktiven und leistungsfähigen ÖRR weiterzuentwickeln, wird eine wichtige Ebene der übergeordneten Kommunikationsinfrastruktur fehlen. Hierbei geht es um den unverzichtbaren Rahmen für gemeinsam geteilte Informationen und reflektierte Diskussionen in jeder sozialen Gruppierung. Die aktuellen Anzeichen sind nicht vielversprechend. Auch wenn die Medien in der Vergangenheit möglicherweise etwas übertrieben als "vierte Gewalt" (und somit symbolisch als Teil des Staates) bezeichnet wurden, sollten wir den Verlust eines verbindlichen Rahmens für die gesamtgesellschaftliche Kommunikation, der aus dem Niedergang der Printmedien, den Defiziten der öffentlich-rechtlichen Medien und dem Aufstieg partieller Social-Media-Öffentlichkeiten resultiert, mit Besorgnis betrachten. Gerade in einer Gesellschaft, die sich auf den Weg der Transformation zu einer nachhaltigen und fossilen-freien Wirtschaft gemacht hat, sind kompetente "Gatekeeper", die diesen Weg mit Fakten und Zahlen moderieren, von entscheidender Bedeutung. Davon hängt die demokratische Qualität des öffentlichen Diskurses ab.

Derzeit erleben wir keine Stärkung, sondern eine Schwächung dieser entscheidenden "Gatekeeper"-Funktionen. Wer über die Zukunft des Staates nachdenkt, muss auch darüber reflektieren, wie die Diskursordnung gestaltet werden kann. Angesichts der enormen Bedeutung einer verlässlichen, vielfältigen und kritischen Öffentlichkeit sind staatliche Grundfinanzierungen für Zeitungen nicht länger auszuschließen. Besser wären jedoch gesellschaftlich verantwortungsbewusste Lösungen. Beispiele hierfür sind das Genossenschaftsmodell der TAZ oder die private (stiftungsfinanzierte) Finanzierung von Printmedien (wie es die F.A.Z. zumindest in der Organisationsform praktiziert). Qualitativ hochwertige, unabhängige, kritische und allen zugängliche Medien bilden eine essenzielle Grundlage für eine widerstandsfähige und zukunftsfähige Demokratie, insbesondere in Zeiten des sozial-ökologischen Wandels.

Nicht zuletzt kommt der Wissenschaft eine unverzichtbare Verantwortung für die notwendige demokratische Qualität des öffentlichen Diskurses in der Transformation zu. Sie muss sich den großen Herausforderungen der Gegenwart ("grand challenges", Wissenschaftsrat 2015) stellen und die Unabhängigkeit freier Forschung mit der Verantwortung für die demokratische Entwicklung verknüpfen. Hierbei gewinnen

transdisziplinäre Kooperationen, bei denen die Wissenschaft mit außerwissenschaftlichem Erfahrungswissen transparent zusammenarbeitet, besondere Bedeutung.

3. Schlussbemerkung

Im gegenwärtigen Umbruch stehen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft in einem komplexen Spannungsverhältnis. Als Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand sehen wir eine wachsende Bedeutung von staatlichen demokratischen Maßnahmen für eine erfolgreiche, sozial gerechte und ökologisch nachhaltige Transformation. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass der Staat nicht allumfassend agieren kann. Die neue Ausrichtung gewinnt und behält ihre notwendige Legitimation und Unterstützung in der Gesellschaft, wenn staatliches Handeln auf breiter Ebene, kommunikativ, strategisch und instrumentell, in die Bürgerschaft eingebunden ist. Die Gesellschaft wird sowohl zum Ausgangspunkt als auch zur Partnerin staatlicher Maßnahmen. Das verlangt eine politische Kultur der gegenseitigen Kontrolle, aber auch des gegenseitigen Vertrauens, das wir wagen und pflegen müssen.

Erinnert sei hier an die Worte des ehemaligen Bundesverfassungsrichters Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Der freiheitliche, säkularisierte Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. Das ist das große Wagnis, das er, um der Freiheit willen, eingegangen ist. Als freiheitlicher Staat kann er einerseits nur bestehen, wenn sich die Freiheit, die er seinen Bürgern gewährt, von innen her (...) reguliert. Andererseits kann er diese inneren Regulierungskräfte nicht von sich aus, das heißt mit den Mitteln des Rechtszwanges und autoritativen Gebots zu garantieren suchen, ohne seine Freiheitlichkeit aufzugeben und (...) in jenen Totalitätsanspruch zurückzufallen, aus dem er in den konfessionellen Bürgerkriegen herausgeführt hat.“